

## **DRINGLICKEITSANTRÄGE**

### **1) Kostenfreier Besuch der primären Bildungseinrichtung – Gratis-Kindergarten realisieren**

GR. Mag. **Fabisch** stellt namens von KPÖ und Piratenpartei folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Herr Vorsitzender! Es geht um eine ganz klare und einfache Forderung. Den Gratiskindergarten für alle, ganz klar und einfach. So wie der Volksschulbesuch gratis ist, soll auch der Kindergartenbesuch für alle ab dem dritten Lebensjahr kostenfrei sein. Die vielen aktuellen Diskussionen im Bildungsbereich scheinen eine im besten Sinne „grundlegende“ Institution völlig zu übersehen: Die erste Bildungseinrichtung – den Kindergarten.

Der Kindergarten ist der Ort, wo Bildung beginnt, Integration selbstverständlich ist und Defizite aller Art, Legasthenie, Sprechstörungen wie Stottern, mangelnde Deutschkenntnisse und anderes, schon frühzeitig erkannt und korrigiert werden können. Daher darf es keine Gründe geben – und schon gar keine finanziellen – jungen Menschen diese Bildungseinrichtung vorzuenthalten. Mit der wohl auch notwendigen Ausweitung der Kindergartenpflicht und dem damit automatisch verbundenen Ausbau dieser Einrichtung muss es selbstverständlich sein, den Besuch für alle Kinder zur Gänze kostenfrei anzubieten.

Ich stelle daher namens der KPÖ folgenden

**d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert den Bundesgesetzgeber auf, den Gratis-Kindergarten als grundlegende primäre Bildungseinrichtung bundesweit einzuführen. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 16.25 Uhr den Vorsitz.***

GR.<sup>in</sup> **Potzinger** zur Dringlichkeit: Geschätzter Herr Bürgermeister, Herr Stadtrat, Frau Stadträtin, KollegInnen im Gemeinderat, geschätzte Damen und Herren auf der Galerie! Der Gemeinderatsclub der Grazer Volkspartei hat sich mit diesem Antrag, lieber Herr Kollege, intensiv befasst und wird der Dringlichkeit nicht zustimmen aus einigen Gründen, die ich ganz kurz erläutern möchte. Prinzipiell sind wir ganz intensiv, wie bekannt, für die bestmögliche Förderung jedes Kindes in diesem Land. Wenn ich aber in deinem Motivenbericht lese, der Kindergarten ist der Ort, wo Bildung beginnt, dann frage ich dich, wo passiert dann Bildung nicht während der ersten drei Lebensjahre der Kinder? Der Ort, wo Bildung beginnt, ist wohl immer noch die Familie. Wo lernt das Kind das erste Wort, wo wird es beim ersten Schritt begleitet, wo erwirbt es soziale Kompetenzen? Ergänzt werden diese Förderungen durch die Familie in unseren Kinderkrippen, bei Tagesmüttern, am Spielplatz, in Pfarren, in Vereinen, in Spielgruppen. Kinder lernen vom ersten Augenblick ihres Lebens an. Manche sagen sogar, das Lernen beginnt schon pränatal, dass sie Mozart-Musik hören, aber das würde jetzt zu weit gehen. Ihr fordert eine Kindergartenpflicht für alle Kindergartenkinder.

**Zwischenruf GR. Mag. Fabisch: Das steht ja nicht...**

GR.<sup>in</sup> **Potzinger**: Ausweitung, mit der wohl auch notwendigen Ausweitung der Kindergartenpflicht steht wörtlich da, mit der wohl auch notwendigen Ausweitung der Kindergartenpflicht. Wir meinen, das Angebot muss für alle da sein und es wird Situationen geben, wo ein verpflichtender Kindergartenbesuch auch vor dem fünften Lebensjahr schon notwendig ist, wenn zum Beispiel festgestellt wird, dass Kinder in der deutschen Sprache Defizite haben oder es andere Gründe gibt. Aber zu verkürzen Sprachdefizitbehebung auf den Kindergarten, das greift wirklich zu kurz. Schauen wir, was wir in Graz an vielfältigen Angeboten haben, wo zum Beispiel mit nicht deutschem Migrationshintergrund frühkindlich gefördert werden, aber auch ihre Eltern gefördert werden in Sprachkursen, das ist unglaublich wichtig. Nicht dringlich ist dieser Antrag für uns aber vor allem deshalb, weil genau das Thema Ausweitung des verpflichtenden Gratis-Kindergartens für alle, die es wirklich brauchen, wo es notwendig ist, diese Verhandlungen laufen und werden sehr intensiv geführt von dem für Integration zuständigen Herrn Staatssekretär Sebastian Kurz und der Frau Familienministerin Sophie Karmasin, deshalb für uns nicht dringlich (*Applaus ÖVP*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Marak-Fischer**: Geschätzte Kollegen und Kolleginnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Danke, lieber Andreas, für diesen Antrag. Das Thema Gratis-Kindergarten liegt uns als Sozialdemokratie seit Jahren sehr am Herzen. Aus unserer Sicht ist die vorschulische Bildung eine ganz wichtige Zeit der Bildung, ich glaube, da sind wir uns alle einig. Ich glaube, dass Lernen natürlich bereits vor der Geburt beginnt, Sissi, ich glaube, da sind wir uns einer Meinung, ich glaube aber,

dass das nicht unbedingt gleichzusetzen ist mit Bildung. Bildung ist ein bewusster Akt, der idealerweise auch von professionell ausgebildeten Pädagogen und Pädagoginnen stattfindet und wir haben in der Steiermark ein gutes Netz, oder in der Steiermark ist vielleicht übertrieben, aber vor allem in Graz eine gute Abdeckung an vorschulischer Bildung über die Kinderkrippen und über die Kindergärten und auch über die Tagesmütter, das muss man auch erwähnen, die in der Steiermark eine sehr hohe Qualität auch haben und es war eine sehr, sehr gute Entscheidung aus meiner Sicht, dass wir auch den Gratis-Kindergarten in der Steiermark für alle über 3-jährigen eingeführt haben. Der Unterschied zwischen der KPÖ und dem Antrag der KPÖ und uns ist aber ein ganz wesentlicher. Ich glaube, dass wir auch idealistisch sind, ich persönlich kann, glaube ich, sagen, sehr idealistisch zu sein, aber die Politik ist, und das zeigt sich monatlich wieder, die Politik ist eben kein Wunschkonzert. Man kann nicht sagen, ja wir hätten gerne den Gratis-Kindergarten auf der Stelle bundesweit für alle, das wäre schön, das muss auch das Ziel sein, das wir anstreben, aber das ist nicht innerhalb von ein, zwei, drei Jahren realistisch umsetzbar. Daher werden auch wir einen Abänderungsantrag, so die Dringlichkeit eine Zustimmung findet, wir werden auch dieser Dringlichkeit unsere Zustimmung geben und dann einen Abänderungsantrag einbringen, der die Stoßrichtung hat, in einem ersten Schritt, raschestmöglich, ein zweites kostenloses und verpflichtendes Kindergartenjahr einzuführen und in einem zweiten Schritt mittelfristig oder längerfristig den Gratis-Kindergarten für alle Kinder ab drei anzustreben, das wird also der Abänderungsantrag inhaltlich sein und ich hoffe dann auf breite Zustimmung und ich hoffe auch, dass die Dringlichkeit jetzt schon beschlossen werden kann. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren!  
Ich bedanke mich für den Antrag. Auch uns ist der Gratis-Kindergarten sehr, sehr

wichtig, auch uns ist das zweite verpflichtende Kindergartenjahr enorm wichtig. Wir sind einer Meinung, dass Bildung in der Familie beginnt, wir sind einer Meinung, dass elementarpädagogische Bildungseinrichtungen sind, deswegen können wir dem Abänderungsantrag der ÖVP nicht zustimmen, wo es eben Ausnahmen gibt innerhalb dieses zweiten verpflichtenden Kindergartenjahres, wir werden dem Abänderungsantrag, so die Dringlichkeit durchgeht, der wir zustimmen, der SPÖ zustimmen, weil eben auch programmatisch das ganz klar gegliedert ist. Zunächst einmal das zweite verpflichtende Kindergartenjahr und in weiterer Folge den Gratis-Kindergarten für alle. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Fabisch**: Folgendes, ich habe nicht hier gefordert im Antrag selbst die Besuchspflicht, obwohl ich die im Motivenbericht natürlich erwähne, jawohl. Mir ist es nur um eines gegangen, ganz klipp und klar, dass alle Eltern ihre Kinder in den Kindergarten schicken können, wenn sie es wollen ab dem dritten Lebensjahr. Selbstverständlich bin ich dafür, dass die Besuchspflicht kommt, ich habe es ganz bewusst nicht in den Antrag genommen, es geht darum und das, liebe Freunde von der ÖVP, das ist Mittelstandspolitik, das ist Familienpolitik, dass alle Eltern ihre Kinder ab dem dritten Lebensjahr gratis in den Kindergarten schicken können, wenn sie es wollen. Ich möchte schon noch etwas sagen. Wir haben unter Schwarz/Blau die teuerste Luftwaffe aller Zeiten bekommen, ich habe damals auch Unterschriften gesammelt dagegen. Dafür waren Milliarden da, wir haben ein Bankenrettungspaket um Milliarden übernommen, dafür waren Milliarden da.

***Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Wir haben ein Tarifmodell.***

GR. Mag. **Fabisch**: Ich will kein Tarifmodell, ich will auch in der Volksschule kein Tarifmodell, ich will, dass der Kindergarten genauso gratis zu besuchen ist wie die Volksschule selbst, das sind Bildungseinrichtungen (*Applaus KPÖ*). Es ist für mich schon interessant, welche Verrenkungen die beiden im Bund, ihr habt es ja gelesen, den wollen wir abschaffen. Es tut mir Leid, dass es kein klares Bekenntnis dazu gibt. Du sagst, alle, die es brauchen. Ich glaube, alle Kinder brauchen den Kindergarten und wenn ich hier von Bildung spreche, dann meine ich natürlich institutionelle Bildung, das ist klar, das kann man mir zugestehen. Ich bin eigentlich sehr enttäuscht, es wäre sehr schön ein klares Bekenntnis, wir werden natürlich dann, wenn es nicht anders geht, der Abänderung der SPÖ zustimmen, aber ich hätte mich trotzdem gefreut, wenn das auch von der SP als Zusatz gekommen wäre, wir haben schon darüber geredet vor der Sitzung, leider ist es nicht von euch gekommen, ich sehe unsere Position nicht mehrheitsfähig. Als Zusatz hätte man das beides, glaube ich, auf einen Schlag treffen können. Der Wunsch des Gratis-Angebotes und als ersten Schritt selbstverständlich die Verpflichtung, dass auch die im vorletzten Jahr vor dem Volksschulbesuch die Kinder in den Kindergarten gehen. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Lieber Herr Gemeinderat und Bundesheerkollege! Es wundert mich immer wieder, dass ihr die Milliarden, die wir in Österreich für unser Bundesheer ausgeben, da zitiert. Ich kenne so viele kommunistische Länder, in denen die Militärbudgets um das Hundert- und Tausendfache höher sind als das, was die Republik Österreich dafür aufwendet und ich möchte auch noch anmerken, dass ich eines nicht verstehen kann, nämlich auch nicht im Sinne der Umverteilungsdebatte, die sehr oft von eurer Fraktion auch ausgeht, wenn sich jemand einen Kindergarten leisten kann, dann soll er dazu auch das ausgeben, er soll das zahlen. Ich verstehe nicht, warum jemand, der gut verdient, einen

Kindergarten gratis haben soll, wenn er den Beitrag leisten kann. Und die, die es sich leisten können, die sollen es auch zahlen (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Fabisch**: Was in diesem Haus manchmal untergeht, es gibt sehr viele Familien, die gerade nicht in die Förderungen fallen, die keine Förderung und das ist genau...

*Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Dann reden wir über Erweiterung.*

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal, dann müssen wir über das Tarifmodell bei uns wieder nachdenken.

*Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.*

*Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

**2) Leicht erreichbare Sammelstellen für giftige und gefährliche Gasentladungslampen**

GR.<sup>in</sup> **Heinrichs** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> **Heinrichs**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren! Mein Anliegen an diesem heutigen Donnerstag ist der Umgang mit den zu entsorgenden Gasentladungslampen, welche wir Energiesparlampen nennen. So dürften sie nicht wirklich heißen, weil wenn man die Bilanz vom Erzeugen dieser Lampen bis zum problematischen Entsorgungen und den Umstand, dass das nicht funktioniert, hernimmt, ist das eine sehr schlechte verfehlte Bilanz. Aber ob Gasentladungslampe oder Energiesparlampe ist es so, dass aufgrund einer EU-Verordnung peu à peu die Glühbirnen die alten ja aus den Regalen verschwunden sind und sukzessive durch Gasentladungslampen ersetzt wurden. Doch diese enthalten Quecksilber – ein hoch gesundheitsgefährdendes Gift.

Es beginnt bereits bei den schrecklichen Arbeitsbedingungen, unter denen die giftigen Quecksilberstoffe abgebaut werden. Hinzu kommen Gefahren im Zusammenhang mit Unfällen im Haushalt. Falls eine Lampe im Haushalt zum Beispiel im geschlossenen Raum zerbricht, kann die Quecksilberbelastung in der Raumluft auf das 20-fache steigen. Atmet ein Mensch den Quecksilberdampf ein, nimmt der Körper die einzelnen Atome sehr leicht über die Lunge auf und es kommt das Quecksilber als Nervengift zum Tragen.

Über den richtigen Umgang bei Unfällen, die im Haushalt jederzeit passieren können, und die eher komplizierte Vorgehensweise in dem Zusammenhang, also das Sicherstellen des entwichenen Quecksilbers, wissen die wenigsten Bescheid. Und daher stellt das Hauptproblem das Sammeln der giftigen Sondermülllampen an sich dar. Nachdem diese giftigen Birnen schon über uns gekommen sind, geht es jetzt um das Sammeln.

Nachdem ich selber in Mülleimern von Siedlungsanlagen, ich spreche jetzt von der Siedlung, in der ich wohne, aber auch in Mülleimern der Stadt Graz bereits solche Lampen gefunden habe, habe ich mich im Netz schlau gemacht und lese bei Wikipedia, dass in Deutschland lediglich beunruhigende 10 % der Gasentladungslampen in den Sammelstellen, in den entsprechenden, landen.

Es bedarf also nach meiner Meinung im Sinne von Gesundheits- und Umweltschutz daher möglichst vieler, leicht erreichbarer Sammelstellen.

Und es kann sich natürlich nur um Stellen handeln, welche mit Giftstoffen umgehen können. Neben den bereits eingerichteten Sammelstellen, also bei Feuerwehr, am Sturzplatz und über die Sammelbusse, sollte nach meiner Meinung alles daran gesetzt werden, etwa Apotheken und Tankstellen zu diesem Behuf zu gewinnen, in Deutschland sammeln unter anderem Drogeriemärkte.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz, insbesondere das Umweltamt, werden beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, damit die flächendeckende Sammlung und fachgerechte Entsorgung von gefährlichen und gesundheitsschädlichen Gasentladungslampen gewährleistet werden kann. Dabei soll überlegt werden, inwiefern zusätzlich zu den bereits vorhandenen Sammelstellen weitere Anlaufstellen, eben zum Beispiel besagte Tankstellen, Drogeriemärkte, Apotheken, in ein entsprechendes Sammelsystem eingebunden werden können und wie eine Zusammenarbeit zwischen diesen und den bereits vorhandenen Entsorgungsstrukturen der Stadt Graz auf die Beine gestellt werden kann.

Danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus KPÖ*).

GR. **Pogner** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kollegin Heinrichs, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, wenn man den Antrag näher anschaut, dann muss man sich fragen, mit welcher gefährlichen Dingen wir eigentlich im täglichen Leben zu tun haben. Das ist mir gar nicht so bewusst gewesen. Ich lese jetzt nur einmal vom Antrag die unterstrichenen Textteile vor. Da steht: Doch diese enthalten Quecksilber – ein hoch gesundheitsgefährdendes Gift, nona. Das Nervengift kann Schlafstörungen, Aufgeregtheit, aber auch Lähmungen verursachen, auch so. Das Hauptproblem aber stellt das Sammeln der giftigen Sondermüll-Lampen an sich dar. Ich möchte nur ganz nebenbei beifügen, also ich habe noch nie irgendwelche Lampen irgendwo in einem Müllcontainer gefunden, aber wahrscheinlich habe ich sie auch dort nicht gesucht, muss ich auch dazusagen. Und die Schlussfolgerung daraus, es bedarf im Sinne von Gesundheit und Umweltschutz daher möglichst vieler, leicht erreichbarer Sammelstellen und so hört man und liest man das dann auch im Antrag. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Frage ist dann schon, wenn das so hochgiftig ist und so hochgefährlich ist und man so besonders darauf aufpassen muss, ja dann mache ich es noch leichter zugänglich, dann mache ich noch mehr Sammelstellen, damit ja ein jeder dazukommt. Also das ist mir zumindest hinterfragenswert. Aber, meine Lieben, es ist ja nicht so, dass man nicht einem Konzept zustimmen, daher stimmen wir auch der Dringlichkeit zu. Legt einmal ein Konzept oder lassen wir ein Konzept erarbeiten, damit man sieht, wie das Ganze funktionieren soll. Derzeit finde ich die derzeitigen Stellen wie Feuerwehr, Sturzplatz und die Sammelbusse nach meinem Dafürhalten ausreichend, aber wir haben uns dazu entschlossen und gesagt, wir stimmen der Dringlichkeit zu, auch wenn es so hochgefährlich und so hochgiftig ist und es dann noch mehr Sammelstellen davon gibt, aber wir sind einmal dabei, lassen wir ein Konzept erarbeiten.

GR.<sup>in</sup> **Heinrichs**: Ja, danke dass Sie zustimmen, obwohl mein Antrag zu so einer lächerlichen Erheiterung Ihrerseits geführt hat, aber so lächerlich ist die Geschichte mit dem Quecksilber nicht. Wenn es wirklich runterfällt die Lampe, was sehr leicht passieren kann, so ähnlich ist es damals mit den Fieberthermometern gegangen, man hat sie aus dem Verkehr gezogen und die wunderbaren Lampen eingeführt, aber wenn die Erheiterung gegeben ist und die Zustimmung dazu, dann freut es mich. Danke vielmals (*Applaus KPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie! Wir haben uns natürlich den dringlichen Antrag von dir genau angeschaut und ich möchte einfach inhaltlich ein paar Sachen dazu sagen. Es gibt ja derzeit bereits Rücknahmestellen, die auch gut funktionieren und es handelt sich dabei tatsächlich um ein flächendeckendes System für die Sammlung von Elektrogeräten, zu denen eben auch die Gasentladungslampen gehören. Neben den stationären Sammelstellen bei der Holding Graz, am Neufeldweg 219, in der Sturzgasse 8 sowie bei der BAN in der Ungergasse und der Feuerwache Lendplatz und Dietrichsteinplatz gibt es auch eine mobile Sammlung mit 65 Standorten in ganz Graz, die fünf- bis sechsmal im Jahr angefahren werden, man kann sich das anschauen unter [www.umweltservice@graz.at](mailto:www.umweltservice@graz.at), dann kommt man zum Giftmüllexpress und dort kann man das anschauen. Darüber hinaus gibt es eine Rücknahmeverpflichtung seitens des Handels, das heißt, Händler sind verpflichtet, Elektro- und Elektronik-Altgeräte und damit auch Energiesparlampen, die gehören auch zu den Elektronik-Altgeräten, zurückzunehmen und zwar kostenlos, wenn der Konsument ein neues

gleichwertiges Gerät kauft. Beim Neukauf von Energiesparlampen ist also der Händler verpflichtet, die alten Lampen zurückzunehmen.

***Zwischenruf GR. Mag. Fabisch: Tun sie aber nicht.***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner** zum Antrag: Eine Ausnahme von dieser 1 : 1-Rücknahmeverpflichtung, und das meinst du wahrscheinlich, Andreas, sind Verkaufsflächen, die geringer als 150 m<sup>2</sup> sind, also dort irgendwie gibt es diese Rücknahmepflicht nicht. In Graz stehen somit zusätzlich zu den stationären und mobilen Problemstoffsammelstellen viele weitere Rückgabemöglichkeiten zur Verfügung. Was jetzt diese zusätzlichen Sammelstellen betrifft, die im Antrag gefordert werden, nämlich bei den Apotheken und Tankstellen ist es so, dass das einer besonderen Genehmigung bedarf, da es sich bei Energiesparlampen, wie wir ja jetzt ausführlich gehört haben, um gefährliche Abfälle handelt, für deren Sammlung eine entsprechende Genehmigung nach § 25 Bundesabfallwirtschaftsgesetz notwendig ist. Das heißt, wir als Kommune können nicht beschließen, dass jetzt Apotheken und Tankstellen in Zukunft Energiesparlampen zurücknehmen, weil wir müssen da entsprechende rechtliche Voraussetzungen dafür schaffen und zu einer Prüfung sind wir natürlich gerne bereit, aber viel wichtiger erscheint uns Aufklärung und Bewusstseinsbildung. Das heißt wirklich auch zu informieren, wenn das so ist, dass man in Mistkübeln nämlich Energiesparlampen findet, darüber zu informieren, wie man korrekt sammelt und wie die Entsorgung der Energiesparlampen vonstatten gehen sollte. Und es ist sehr gut vorstellbar für das Umweltamt, schwerpunktmäßig in den nächsten Monaten eine entsprechende Infokampagne zu machen, also

entsprechendes Informationsmaterial, Infokarten zur Verfügung zu stellen sowohl beim Giftmüllexpress als auch bei der Abfallberatung in den Schulen, die findet ja auch statt, als auch bei den Siedlungen und es ist auch angedacht, eine verstärkte Thematisierung auf der Homepage des Umweltamts und am Info-Screen Jakominiplatz zu machen und das erscheint uns als eine sehr wesentliche Aufgabe. Das heißt, wir sind gerne bereit, das zu prüfen, sagen aber gleich, dass es eben nicht so ist, dass die Stadt Graz das einfach verordnen kann, sondern dass es gilt, rechtliche Voraussetzungen zu schaffen und dass es uns sehr, sehr wichtig erscheint, einfach zu informieren, wo kann man das zurückgeben, damit in Zukunft in den Grazer Müllkübeln keine Energiesparlampen oder Gasentladungslampen mehr vorhanden sind. Wir werden den dringlichen Antrag natürlich auch vom Inhalt her unterstützen (*Applaus Grüne*).

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

### **3) Parkgebührenbefreiung für mobile Sozial- und Gesundheitsberufe**

GR.<sup>in</sup> **Haas-Wippel**, MA stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> **Haas-Wippel**: Hoher Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen! In meinem Antrag geht es um Parkgebührenbefreiung für alle berechtigten mobilen Dienste. Ein Antrag, der 2008 in ähnlicher Form das erste Mal gestellt wurde von mir mit dem Ergebnis, dass ein Teilbereich der mobilen Dienste eine Befreiung zugestanden bekommen hat und ich glaube, das ist außer Streit gestellt, dass der mobile Dienst, der in der Hauskrankenpflege tätig ist und die mobilen Teams von dieser Befreiung, dass die ihnen zugestanden wird. Dann hat es einen dringlichen

Antrag gegeben 2014, am Beginn dieses Jahres, von der Kollegin Ulli Taberhofer mit einem ähnlichen Inhalt, allerdings in Bezug auf die grünen Zonen, aber de facto ist es auch darum gegangen, dass hier eine entsprechende Befreiung zugestanden werden sollte. Der ist aber abgelehnt worden von der Finanzdirektion. Ich bin aus dieser Branche Gesundheits- und Sozialberufe und ich weiß, wie die Kolleginnen und Kollegen mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben und deshalb ist es für mich einfach unverständlich, warum ein Teil der mobilen Dienste sehr wohl berechtigterweise und außer Streit gestellt diese Befreiung hat und warum es die anderen nicht haben sollten. Und gerade im Bereich Gerontopsychiatrie, Sozialpsychiatrie ist es besonders schwierig, die Beratung und die Begleitung zu Hause vorzunehmen und es wäre wirklich ein ganz ein wesentliches Zeichen, hier entsprechend seitens der Stadt ein Zeichen zu setzen. Ich denke mir, gerade im Bereich der Sozial- und Gesundheitsberufe haben wir einen Mangel und der Mangel wird sich in Zukunft noch verstärken aufgrund der demographischen Entwicklung und es gibt verschiedenen Kampagnen, auch bundesweit läuft wieder die Kampagne, man sucht die beste Pflegerin oder die Pflegerin mit Herz. Ich würde mir wünschen, dass die Stadt Graz hier wirklich ein Zeichen setzt für alle Kolleginnen und Kollegen im Gesundheits- und Sozialbereich, dass hier eine Befreiung der Parkgebühren stattfindet.

Bei den Hebammen ist es ja ganz skurril, die Hebammen haben je nach Tätigkeit eine Befreiung. Zum Beispiel sind sie bei einer Hausgeburt dabei, wird es ihnen zugestanden, bei der Nachbetreuung und bei der Wochenbettpflege wird es ihnen nicht zugestanden. Wäre genauso, wenn ein Hausarzt bei bestimmten Tätigkeiten die Parkbefreiung bekommt, Parkgebührenbefreiung und dann wieder nicht. Also aus meiner Sicht es ist nicht nachvollziehbar, es ist nicht sinnvoll und es ist auch gegenüber den Kolleginnen aus meiner Sicht nicht erklärbar und nicht fair.

Mein Wunsch, dass die Stadt Graz hier ein Zeichen setzt und deshalb in diesem Sinne auch mein

## **dringlicher Antrag**

namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion und da möchte ich noch betonen, ein Satz ist dazugekommen. Ich habe es jedem Klub gegeben, ich möchte es nur noch einmal erwähnen. Der letzte Satz ist zusätzlich noch angefügt worden. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden gemäß Motivenbericht beauftragt zu prüfen, wie im Sinne der Vereinheitlichung, Nachvollziehbarkeit und Transparenz eine Parkgebührenbefreiung für alle berechtigten Mobilen Dienste in Ausübung ihrer Tätigkeit beziehungsweise wie durch eine entsprechende Regelung in der Grazer Parkgebührenverordnung das Ziel einer Ausnahmegenehmigung/Parkgebührenbefreiung für alle Mobilen Sozial- und Gesundheitsberufe erreicht werden kann.

Dazu sollen die für diese Ausnahmeregelung betroffenen mobilen Dienste sowie die dafür erforderlichen finanziellen Mittel erhoben und dem Gemeinderat in einem entsprechenden Bericht im November 2014 vorgelegt werden.

Ich ersuche um Zustimmung (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Krotzer** zur Dringlichkeit: Herzlichen Dank für diese Initiative, es hat mehrere ähnliche Initiativen auch von der KPÖ-Seite schon gegeben, zum Beispiel eben auch von der Ulli Taberhofer im Jänner 2014 beziehungsweise auch von mir im Juni der Antrag auf Parkgebührenbefreiung für die Hebammen. Insofern ist unsere Hoffnung, dass das diesmal angenommen wird und dass da im Sinne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Mobilen, Sozialen und Gesundheitsberufe eine Mehrheit gefunden wird. Vielen Dank (*Applaus KPÖ*).

GR.<sup>in</sup> **Schönbacher**: Das brandheiße Thema Parkgebührenbefreiung. Die Parkgebühren sind dafür da, um den Parkraum zu bewirtschaften, um die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs zu fördern und um das Angebot der Park-&-Ride-Parkplätze auszuweiten. Die Pflegedienste im Auftrag der Stadt Graz haben bereits diese Ausnahmegenehmigung, diese Gebührenbefreiung. 152 Befreiungen kommen der Hauskrankenpflege und der Heim- und Altenhilfe zugute. 68 Befreiungen sind für mobile Hauskrankenpflege im Dienst. Die anderen sozialen Dienste können im Zuge der Kilometergeldabrechnung ihre Parkgebühren und Mautkosten abgelden. Laut einer Statistik des Bundesministeriums für Finanzen fallen auf eine Hebamme, statistisch gesehen, alle 14 ½ Monate fällt eine Hausgeburt. In Notsituationen haben sie sowieso das Recht, sogar im Halteverbot zu stehen. Zusätzlich gibt es noch das Handyparken, das sehr gerecht ist, weil eine minutengenaue Abrechnung erfolgt. Mobile Dienste, was ist das eigentlich genau, wer alles zählt zu den mobilen Diensten, woher soll das Amt diese genauen Informationen so schnell nehmen und wo sind dann die Grenzen, wann schränken wir das ein? Wir sind nicht für zusätzliche Sonderregelung, die die Einnahmen der Parkgebühren vermindern, deshalb lehnen wir die Dringlichkeit ab (*Applaus FPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

GR.<sup>in</sup> **Haas-Wippel**, MA: Liebe Claudia, ich bin überrascht über deine Argumentation. Ich denke mir, vielleicht oder ich bin sicher, ich kann dir diese Information geben, die du brauchst, wer zu den mobilen Diensten gehört. Ein Anruf im A 5 reicht und du bekommst die genaue Auflistung. Die Frage, wo ist die Grenze der mobilen Dienste, ist damit auch geklärt. Mein Antrag beinhaltet alle mobilen Dienste, weil alle für die Grazerinnen und Grazer tätig sind und wirklich,

das ist eine wertvolle Arbeit, die wir gar nicht hoch genug einschätzen können. Dann Hebammen, es hat so geklungen, die Hebammen kommen nicht rein, weil die brauchen das eh so selten. Das ist für mich keine Argumentation, weil wenn gerade dieses Ausmaß der Hebammen, die in der Hauskrankenpflege beziehungsweise in der Hausgeburt dabei sind, wenn das so gering ist, dann werden wir uns als Stadt Graz das wohl leisten können, wenn das drei/viermal im Jahr zum Einsatz kommt. Also ich kann dir gerne auch in einem Gespräch diese Informationen geben. Ich finde es schade, dass ihr nicht dabei seid, ich hätte das gerne als einstimmigen dringlichen Antrag durchgebracht, aber wir können ja beim Bericht noch weiter diskutieren und vielleicht gelingt es mir dann, euch zu überzeugen (*Applaus SPÖ*).

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

#### **4) Sicherheit in Graz – Schreiben an den Bund**

GR. Mag. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich melde mich wieder einmal mit einem dringlichen Antrag zum Thema Sicherheit in unserer Stadt. Ich möchte eingangs sagen, ich betrachte dieses Thema heute von zwei verschiedenen Ebenen. Die eine Angelegenheit betrifft die steigende Bandenkriminalität in unserer Stadt, war bereits schon öfter Thema, aber leider Gottes hat das ja nicht abgenommen, auch in den letzten Wochen nicht. Der letzte namhafte Vorfall war Ende August, wo 40 afghanische Asylwerber aufeinander losgegangen sind, in diesem Bandenkrieg sind nicht nur die Fäuste zu sprechen gekommen, sondern

auch Messer und Macheten, also äußerste Brutalität. Gegangen ist es letztendlich um einen Streit um die Ehre, also auch wieder eine Angelegenheit, die durchaus als importiert gelten kann.

Die andere Ebene betrifft den radikalen Islam in unserer Stadt, der auch um sich greift, ich komme darauf zu sprechen. Beide Punkte hat der Herr Bürgermeister vor einer Woche oder ein bisschen mehr als einer Woche in der Kleinen Zeitung in einem sehr bemerkenswerten Interview auch angesprochen. Ich habe das Interview gut gefunden, wenngleich das ein bisschen mit der Glaubwürdigkeit auch schwierig ist, nachdem du ja mit deiner Fraktion auch als Förderer des Islams in dieser Stadt giltst. Ich möchte aber dir, und damit auch der ÖVP, die Gelegenheit geben, mit diesem Antrag, mit diesem dringlichen Antrag den Worten auch Taten folgen zu lassen. Aber schauen wir uns die Situation, insbesondere was die Radikalisierung betrifft, an. Wir kennen alle die unglaublichen Gräueltaten, tagtäglich flimmern sie von den Bildschirmen, die derzeit in Syrien und im Nordirak durch die IS-Milizen verübt werden und umso grauslicher die Geschichten werden, umso mehr Anhänger bekommen diese Terrormilizen auch bei uns in Österreich. Das ist eine traurige Realität, Gesichter oder traurige Berühmtheit und Gesichter dieses Heiligen Krieges oder Dschihad jetzt aus österreichischer Sicht haben ja diese beiden Mädchen bekommen aus Wien, bosnischer Herkunft, wo nicht ganz geklärt ist, ob jetzt eine umgekommen ist oder nicht. Tatsache ist, dass bereits hundert, und das sagt der Verfassungsschutz, 142 Österreicher in den Bürgerkrieg nach Syrien aufgebrochen sind und 20 davon auch schon getötet sind. Es gibt da jetzt auf Bundesebene dankenswerterweise einige Maßnahmen, die hoffentlich bald greifen, auch der Außenminister Kurz hat heute im Morgenjournal wieder von einem Maßnahmenpaket gesprochen, wo es darum geht, Aufklärung zu betreiben, an Facebook, an die sozialen Netze heranzutreten, damit das nicht in dieser Form weiterverbreitet werden kann. Tatsache ist, dass hier das Ganze auch schnell zu geschehen hat. Wenn ich mir das Interview jetzt vom Herrn Bürgermeister anschau, um noch einmal zurückzukommen, er fordert erstens, es braucht

endlich rechtliche Möglichkeiten, damit wir auch, dass die Exekutive auch die Möglichkeit hat, in diese Vereine, in diese Gebetsvereine, Moscheen, wie man es auch immer nennt, auch hineinzugehen, das ist aus vereinsrechtlicher Sicht schwierig, gebe ich ihm völlig Recht. Zweitens, wenn er sagt, die Asylverfahren gehören auch so abgehandelt, dass, wenn jemand straffällig wird im Rahmen während seines Asylverfahrens, dann ist ihm auch dieses Asylrecht in weiterer Folge nicht zu gewähren. Also da stimme ich ihm völlig zu (*Applaus FPÖ*). Was anderes ist der Punkt, wenn man wieder so quasi hergeht und Selbstkritik dann übt und sagt, naja, wir sind auch ein bisschen schuld, dass die jetzt so radikal werden, weil wir geben ihnen ja keine Perspektive, wir geben ihnen zuwenig Unterstützung. Das Ganze ist etwas, was die Selbstkritik betrifft, anderes betrachten sollte aus unserer Sicht, nämlich Selbstkritik hinsichtlich der verfehlten Zuwanderungspolitik, die in den letzten Jahren geübt worden ist, da kann man Selbstkritik üben, glaube nicht insofern, dass man sagt, die Aufnahme in die Gesellschaft, wir sind schuld dran, weil wir zu wenig Perspektive geben, dass da eine Radikalisierung stattfindet (*Applaus FPÖ*). Abschließend, nur um das auch noch zu untermauern und auch die Frage zu stellen, was läuft da falsch? Wir haben das sehr schön bemerken können in den sozialen Netzwerken, da gibt es einen dieser Radikalinskis, dieser radikalen Angehörige der IS-Terrormiliz, ein Tunesier aus Wien, der ist ein Aushängeschild des Terrors und der Gewalt, der eine Anleitung auf seinem Profil zum Bombenbasteln gibt, er kündigt an, seine gefangenen Gegner des Assad-Regimes umzubringen, das Messer an die Kehle zu setzen und er meldet auch Märtyrertod eines Freundes und feiert den ab. Interessant ist, wenn man sich anschaut, welche Freunde hat dieser Herr ■■■■■, dann kommt man drauf, dass es sehr, sehr viele Jugendliche sind aus Wien, aus Graz und selbstverständlich mit Migrationshintergrund aus dem islamischen Bereich und jetzt müsste man, wenn man diese Aussage auch hernimmt, sagen, die haben keine Perspektive, aber wenn man anschaut, was diese Jugendlichen zum größten Teil sind, dann sieht man Lehrlinge, HTL-Schüler, Gymnasiasten, Kellner, Koch, Krankenpfleger,

Jugendgewerkschafter, sogar Bankangestellter und sogar ein Verwaltungsbeamter im Polizeiapparat, das heißt, aus unserer Sicht eigentlich oder so kriegt man es immer vorgehalten, bestens integriert und doch sympathisieren sie mit diesen Radikalen in diesem System und da frage ich mich schon, haben wir da vielleicht wirklich was falsch verstanden, ist da die Zuwanderungspolitik etwas falsch gelaufen oder besteht hier vielleicht fehlende Integrationswilligkeit? Diese Fragen sollten wir uns auch, nachdem es auch in unserer Stadt betrifft, tatsächlich einmal stellen. Soviel zu meinen Ausführungen hinsichtlich des Motivenberichtes, ich habe jetzt einen langen Antragstext. Die Frage, soll ich ihn jetzt verlesen oder ist das unbedingt notwendig oder reicht es aus, wenn er als eingebracht gilt? Ok, dann belassen wir es so, danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl** zur Dringlichkeit: Herr Klubobmann, erstens ich bin kein Förderer des Islams, sondern ich halte mich, wie ich es hier vor dem Gemeinderat dem Herrn Landeshauptmann in die Hand versprochen haben, an die Gesetze der Republik, falls Sie den Moscheebau in Graz meinen. Zweitens bin ich ein Förderer des Dialogs zwischen Religionen und das möchte ich nur kurz festhalten. Ja, ich bin der festen Überzeugung, weil so viel junge Menschen dabei sind, von denen Sie hier gesprochen haben, dass es auch notwendig ist, mit diesen jungen Menschen ins Gespräch zu kommen, ihnen eine Perspektive zu bieten und ihnen zu zeigen, dass das garantiert der falsche Weg auf unserem Erdball sein sollte und es stimmt auch, dass ich sowohl in einigen Zeitungen, aber auch in der ZIB 24, sehr deutlich diese Forderungen gestellt habe. Dieser dringliche Antrag, den du jetzt eingebracht hast, fordert mich quasi auf, an die Stellen des Bundes heranzutreten in Form eines Briefes, was längst geschehen ist. Ich darf ihn vorlesen: „Sehr geehrte Frau Bundesministerin, liebe Johanna! Er geht an Johanna Mikl-Leitner, unsere Innenministerin, zuständig für die Sicherheit in unserem Lande. Ich wende mich

persönlich an dich, weil viele Menschen in Graz die Situation rund um das Asylwesen und die Kriminalität beziehungsweise Teilnehmer an ausländischen Kriegen nicht mehr verstehen. Wenn jemand um Schutz und Hilfe ansucht und kriminell wird und unser Gesellschaftssystem generell ablehnt, dann kann es nur eine Antwort des säkularen demokratischen Staates geben, so jemand hat seine Schutz- und Hilfsbedürftigkeit verwirkt und diesen Personen muss jede Möglichkeit auf Unterstützung versagt werden. Daher müssen gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, um laufende Asylverfahren gegen solche Personen umgehend negativ abzuschließen. Ich würde sogar weiter gehen und meinen, dass auch Konventionsflüchtlinge im Zuge der Teilnahme an Kriegen im Ausland ihren Status zu verlieren haben. Ich ersuche dich dringend, in diesem Sinne Druck innerhalb der Bundesregierung auszuüben. Ich möchte aber auch noch einen zweiten Punkt ansprechen. Wenn es um Hilfsbedürftigkeit geht, gibt es gerade bei den Konflikten im Nahen Osten eine Gruppe, die besonders betroffen ist, da sie auch in den Flüchtlingslagern des UNHCR vor Ort ständig den Anfeindungen ausgesetzt sind und das sind die Christen. Ich ersuche dich daher, im Zuge der Hilfe für Syrienvertriebene, die von dir dankenswerterweise angekündigt wurde, darauf einzuwirken, dass zuerst Christen in Österreich Aufnahme finden, nach Rücksprache mit der Diözese Graz Seckau wäre auch die katholische Kirche in der Steiermark bereit, Pfarrhöfe für christliche Flüchtlingsfamilien zur Verfügung zu stellen. Mit der Bitte, meine Vorschläge wohlwollend im Rahmen deiner Möglichkeiten zu verfolgen, verbleibe ich mit freundlichen Grüßen.“ Das heißt, ich habe das, was du forderst, aus meiner Sicht schon getan und deswegen werden wir als Volkspartei dieser Dringlichkeit nicht zustimmen (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Sippel**: Dringlichkeit hin oder her, mir ist es natürlich klar, die Kompetenzen der Stadt sind sehr eingeschränkt. Mein Antrag zielt natürlich auch

in diese Richtung, diese Kompetenz anzusprechen, sie gegebenenfalls vor allem hinsichtlich der Exekutive zu erweitern, aber auch der Stadt Graz da in einigen Bereichen mehr an Möglichkeiten zu geben. Der Wahnsinn, der da passiert, ist mit Sicherheit immer dringlich, ich bin froh, dass dieser Brief draußen ist, dass das auch gegenüber dem Innenministerium eine gewisse Stellungnahme oder eine Haltung der Stadt Graz ist. Bitte dich aber trotzdem, dieses Thema weiterhin auch mit dem nötigen Nachdruck zu formulieren auch gegenüber dem Außenminister, der da sehr, sehr gute Ansätze verfolgt. Da darf man auf keinem Fall locker lassen und ich glaube, wichtig ist, die ganze Angelegenheit mit dem nötigen Hintergrundwissen auch zu betrachten und da nicht irgendwelche falschen Dinge vorschieben, sondern da einfach ehrlich miteinander umzugehen, um diese Dinge, diese Auswüchse, die da passieren und die immer weiter fortschreiten, gerade in einem Bereich von vermeintlich gut integrierten Jugendlichen migrantischer Herkunft, um darauf einzuwirken, weil das ist Sprengstoff für unsere Gesellschaft (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Die Sorge teile ich, ich warne nur auch vor Verallgemeinern, das kann auch zusätzlich Sprengstoff wiederum in unserer Gesellschaft sein. Ich glaube, wir gehen einen guten Weg (*Applaus ÖVP*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) abgelehnt.***

***Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## 5) Hundewiesen

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schleicher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schleicher**: Sehr geehrte Gäste, sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Mein Antrag zu weiteren Freilaufmöglichkeiten für Hunde im Stadtgebiet wurde in ähnlicher Form schon vor einem Jahr von Frau Gemeinderätin Andrea Pavlovec-Meixner gestellt und einstimmig damals angenommen. Das heißt, es war uns allen damals schon klar, dass es sich um ein wichtiges sinnvolles Thema handelt. Jetzt ist ein Jahr vergangen, es wurde keine Expertengruppe eingerichtet, wurden auch keine Gespräche mit dem Land bezüglich Änderung des Landessicherheitsgesetzes, wo ja die Leinen- und Maulkorbpflicht verankert ist, geführt. Jetzt ist eine Bürgerinitiative „Graz Mensch Hund“ an unseren Stadtrat Eustacchio herangetreten. Es gibt immer noch viel zuwenige Möglichkeiten, dem Hund im Stadtgebiet genügend Bewegung zu verschaffen. Das eine artgerechte Haltung in einer großen Stadt schwierig ist, ist bekannt, dass aber der Hund in unserer Gesellschaft immer ein wichtiger Bestandteil war, ist auch bekannt. Vor allem in der heutigen Zeit, wo wir alle durch Beruf und Schule immer mehr unter Druck stehen, ist das Haustier, im Speziellen der Hund, eine Bereicherung und stellt eine tolle Möglichkeit dar, sich im Freien zu erholen und zu entspannen. Jetzt gibt es in der Stadt offiziell 8.500 Hunde, die Dunkelziffer liegt sicher etwa beim Doppelten und es gibt neun eingezäunte Hundewiesen in 17 Bezirken, in welchem der Hund ohne Leine frei laufen kann. In den Hundezonen, die es noch gibt, gilt ja die Leinenpflicht. Dass das nicht zusammenpasst, liegt auch auf der Hand. Jetzt gibt es hier sicher mehrere Lösungsansätze, um die Situation für die Hunde zu verbessern, wünschenswert aus unserer Sicht ist sicherlich eine Gesetzesänderung, damit die Stadt zeitlich beschränkt die Leinen- und Maulkorbpflicht an bestimmten Orten aufheben kann. Vielleicht würden sich dazu die Hundezonen ganz gut dazu eignen. Mit Sicherheit

braucht es aber mehr an Hundewiesen und vielleicht wären dort auch Hinweistafeln mit Verhaltensempfehlungen für die Hundehalter, zum Beispiel zur Nutzungsdauer, ganz hilfreich, weil ich weiß aus eigener Erfahrung, dass sich dort oft immer die gleichen Hundehalter aufhalten den ganzen Nachmittag, Nachmittagstratscherl dort veranstalten, wobei die Hunde gar nicht mehr laufen. Und das ist zwar auch wichtig natürlich, aber es sind eben Freilaufflächen für Hunde und damit so viele als möglich diese Freilaufflächen nutzen könnten, wären dort vielleicht Hinweistafeln ganz hilfreich. Gleiches Beispiel das Ballspielen mit einem Hund. In so einer Wiese Ball zu spielen ist natürlich in Ordnung, sobald ein zweiter Hund in die Wiese kommt, sollte man das unterlassen, weil Spielzeug immer ein gewisses Konfliktpotential in sich birgt. Und so wären solche Hinweistafeln mit Verhaltensempfehlungen vielleicht ganz hilfreich. Es gibt da sicherlich noch weitere Ideen und deshalb wäre in unseren Augen es sehr hilfreich, wenn sich eine breitgefächerte Expertengruppe diesbezüglich zusammensetzt als ersten Schritt und deshalb stelle ich im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stadtsenatsreferenten, im Speziellen Herr Bürgermeister Nagl in seiner Ressortzuständigkeit für die Abteilung Grünraum und Gewässer, werden aufgefordert, mit den zuständigen Fachbeamten ins Einvernehmen zu treten und unter Beiziehung von Fachkräften aus der Jägerschaft, Zoologen, Hundetrainern, Veterinären und auch der Tierschutzombudsfrau des Landes, Frau Dr. Fiala-Köck, sowie betroffenen Bürger, beispielsweise aus der Initiative Graz.Mensch.Hund, einen Runden Tisch abzuhalten. Aus den im Motivenbericht dargebrachten Ansätzen und darüber hinaus sollen in diesem Rahmen Lösungsvarianten

erarbeitet werden, die dem Gemeinderat bis zum Ende des laufenden Geschäftsjahres zur weiteren Beschlussfassung vorgelegt werden.

Dankeschön (*Applaus FPÖ*).

***Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Schröck übernimmt um 17.10 Uhr den Vorsitz.***

GR.<sup>in</sup> **Heuberger** zur Dringlichkeit: Geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum einen mag ich danke sagen für diesen Antrag, weil es wirklich höchst an der Zeit ist, es ist nicht erst vor einem Jahr, sondern auch schon vor zwei Jahren hat die SPÖ einen Antrag gestellt, wo alle mitmarschiert sind im Gutglauben, dass was passiert und es ist nicht geschehen. Dazu darf ich sagen, es stimmt auch mit diesen Dunkelziffern von Hunden, ich glaube, der Kollege Haberler hat mir gerade ausgerechnet, wir verlieren da in der Stadt 28.000 Euro, indem wir „schwarze“ Hunde haben und man sie nicht sieht, sie nicht angemeldet sind. Jetzt denke ich mir, die Stadt Graz hat einen Hundeführerschein eingeführt und hat auch eine Steuerermäßigung eingeführt für erzogene Hunde, das heißt, wenn man eine Hundeschule absolviert hat, bezahlt man nur mehr den halben Hundesteuerbeitrag, dann müsste es auch drinnen sein, dass die Stadt Graz sich dahinterklemmt und ordentliche Hundewiesen schafft. Und zum einen darf ich danke sagen zum Herrn Bürgermeister, denn auf meine Initiative hat er zumindest jetzt gleichmal über die GBG es einrichten können, dass in der Auwiesen heuer im Herbst noch eine fast 3.000 m<sup>2</sup> große Fläche eingezäunt wird für Hunde (*Applaus ÖVP*), das sage ich danke. Zum anderen weiß ich aber auch, und ich habe diesen Antrag sehr gut durchgelesen und der führt wirklich alles an, die positiven und die negativen Probleme mit unseren Tieren, die wir liebhaben, ich habe selber einen.

Es leidet auch die Jägerschaft und es sind da drei Gruppen zu bedenken und auch zu schützen, das ist zum einen die Menschengruppe mit ihren Kindern, darum bin ich so vehement gegen eine Freilassung, eine Auflassung dieser Hundeleinenpflicht, weil das einfach zu gefährlich ist, das wäre fahrlässig. Für mich ist sie sogar so weit nicht in Ordnung, dass die Maulkorbpflicht alleine zu wenig ist, der Hund kann mit einem Maulkorb hetzen und ich möchte kein kleines Kind erleben, wo der Hund mit einem Maulkorb hinfährt ohne Leine, weil man kann den Hund nicht steuern ohne Leine, ist so. Es gibt Flexileinen, mit denen er mindestens 10 Meter Auslauf hat, wenn der Hundeführer das gut schafft, kann der Hund gut laufen. Zum anderen ist unsere Jägerschaft die zweite Gruppe und das Wild, das es zu schützen gilt. Es gibt ganz viele Hunde in Graz, wie wir hörten, angemeldete, nicht angemeldete, es gibt Gott sei Dank noch viele Grünflächen um Graz herum und gerade die Randbezirke haben sehr viele Naturflächen, Waldgebiete, Jagdschaften, das heißt, wir haben in vielen Bezirken sogar noch einen Bezirksjäger. Die Bezirksjägerschaft leidet wirklich, und gerade im Frühjahr ist es besonders schlimm, ich habe das selbst erlebt und ich sehe es immer wieder, in der Auwiese unten ist auch ein Jagdgebiet, ich treffe in der Woche sicher dreimal ein Reh, dazwischen die Hasen, die Fasane, es ist einfach so, dass diese Tiere nicht anders zu schützen sind, als dass man den Hund im Zaum hält. Und die dritte Gruppe ist eigentlich der Hund selbst, weil es ist einfach so, dass die Hundebesitzer auch lernen müssen zu akzeptieren, die Hunde sind sich nicht immer sympathisch, wenn sie sich begegnen und das ist in der Auwiese ein bisschen in Ordnung gekommen, weil die glauben, es ist jeder lieb, nur die beißen sich gegenseitig und im Grund genommen hat man dann ordentlich Probleme, wenn man als Hundebesitzer mit einem angeleintem Tier einem unangeleintem entgegenkommt, das ist ordentlich heftig und da habe ich in eurem Antrag gelesen eben die Bitte um diesen Runden Tisch, den ich ganz wichtig finde. Ihr habt alle angeführt, die dazugehören, vor allem auch die Jägerschaft. Es würde mich freuen, wenn es so bald wie möglich zustande kommt. Ich werde dem Herrn Bürgermeister selber

noch darum bitten, dass wir vielleicht noch vor dem nächsten Frühjahr eine gescheite Regelung und auch die Zusage zu noch mehr Hundewiesen in einer besseren Größenordnung bekommen, denn die jetzigen sind viel zu klein. Ich lasse meinen dort nicht aus. Wie gesagt, die Hundewiese in der Au hat zirka 3.000 m<sup>2</sup>, ist ein guter Ansatz, aber da kommen täglich 100 Hunde hin und mehr, ich kann sie nicht zählen. Also es wird nicht reichen auf Dauer, noch einmal danke (*Applaus ÖVP*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner** zum Antrag: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe HundefreundInnen! Ja, wie Sie wahrscheinlich vermuten, liegt mir die Jägerschaft ein bisschen weniger am Herzen und die Hunde mehr am Herzen und überhaupt die Tiere mehr am Herzen. Ich möchte mich jedenfalls sehr bedanken bei der Frau Kollegin Schleicher, dass sie sich des Themas angenommen hat, dass sie das Thema wieder aufgegriffen hat und ich wollte mich auch beim Herrn Bürgermeister persönlich bedanken. Ich habe das wahrgenommen im Sommer das positive Signal, das er gesetzt hat und zwar nicht nur in Richtung Hundewiesen, sondern auch in Richtung Freilaufmöglichkeiten für Hunde, temporär und lokal begrenzte Freilaufmöglichkeiten. Ich weiß auch, dass sehr konstruktive Gespräche stattgefunden haben im Bürgermeisteramt und ich freue mich total, dass es diesen dringlichen Antrag gibt, dass es diese Fortsetzung einer Diskussion gibt im Gemeinderat und ich möchte in diesem Zusammenhang einen Zusatzantrag einbringen, weil es ja durchaus sein kann, dass bei diesem Runden Tisch oder sein sollte, dass bei dem Runden Tisch Ergebnisse herauskommen, die einfach mit dem Land Steiermark dann auch in

weiterer Folge zu bearbeiten sind. Wir alle wissen ja, dass es dabei auch um das Landessicherheitsgesetz geht, also sollte dort eine Novelle notwendig sein, dann wird man das mit dem Land Steiermark besprechen. Und mein Zusatzantrag lautet daher: Sollten die Beratungen des Runden Tisches ergeben, dass gesetzliche Änderungen notwendig sind, so sollen darüber Gespräche mit dem Land aufgenommen werden.

Und ich bitte um Annahme dieses Zusatzantrages (*Applaus Grüne*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schleicher**: Man sieht an den angeführten Argumenten, dass es sich um ein sehr emotionales und vor allem auch sehr komplexes Thema handelt und ich deshalb sehr froh bin, dass er angenommen wird und sich diese Expertenrunde zusammensetzen wird. Es geht, weil du das erwähnt hast, Andrea, auch nicht um die Jägerschaft selber, sondern es geht ums schützenswertes Wild. Im Vorjahr sind allein 70 Rehe von Hunden zu Tode gehetzt worden und das ist, glaube ich, kein schöner Tod. Also danke für die Zustimmung (*Applaus FPÖ*).

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

***Der Zusatzantrag der Grünen wurde einstimmig angenommen.***

## **6) Den Sozial- und Naturraum Grazer Stadtpark sichern**

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie! In meinem Antrag geht es um den Sozial- und Naturraum Grazer Stadtpark. Ich bin sehr oft im Stadtpark unterwegs und im Zusammenhang mit dem Bau des Pfauengartenprojektes sehe ich da ziemliche Probleme auf uns zukommen, vor denen wir sicher nicht die Augen verschließen können und wo es einfach wichtig wäre, jetzt präventiv auch als Stadt tätig zu werden. Der öffentliche Raum prägt das Bild einer Stadt, ist ein wesentliches Element für die Lebensqualität ihrer BewohnerInnen. Er ist Basis, aber auch das Produkt des Lebensgefühls der Menschen in einer Stadt. Dieser öffentliche Raum sollte allen Menschen in der Stadt gleichberechtigt zur Verfügung stehen.

Der Stadtpark ist nicht nur ein wertvoller und höchst schützenswerter Naturraum, sondern wird von den Menschen immer stärker als Raum für ihre sozialen Kontakte und Aktivitäten erobert. Wir alle wissen das, wenn wir im Stadtpark unterwegs sind am Abend oder am Wochenende, wie lebendig der Stadtpark ist, wie viel da los ist und wie viele verschiedene Gruppen den Stadtpark nutzen, es ist jedenfalls ganz anders, als wie wenn ich mich zurückerinnere, wie ich so 20 war, da war er eher leer der Stadtpark. Das ist einerseits eine positive Entwicklung, auf der anderen Seite, und wir wissen alle, wie schnell Graz wächst und wie viel mehr Bewohnerinnen und Bewohner wir jedes Jahr dazubekommen, auf der anderen Seite steht so eine rasant wachsende Stadt wie Graz auch vor großen Herausforderungen.

Im öffentlichen Raum treffen öffentliche, private und kommerzielle Interessen aufeinander. Die unterschiedlichen Bedürfnisse einer heterogenen Bevölkerung, also Jung/Alt zum Beispiel, führt oft zu widersprechenden und konkurrierenden Anforderungen an den öffentlichen Raum.

In einem solch komplexen Umfeld ist es wichtig, vorausschauend zu planen, die unterschiedlichen NutzerInnengruppen und ihre Bedürfnisse einzubeziehen und dadurch auch präventiv gegen mögliche Nutzungskonflikte zu wirken. Ich weiß nicht, wer von Ihnen am Städtetag war und sich die Arbeitsgruppen angeschaut hat. Ich habe mir eine Arbeitsgruppe angeschaut oder teilgenommen, bei der es um den öffentlichen Raum ging und da wurde auch die sogenannte Funktions- und Sozialraumanalyse vorgestellt, die in einigen Städten schon sehr stark genutzt wird. Es ist quasi eine Vorstudie zu Planungen im öffentlichen Raum, das ist ein interdisziplinärer Ansatz, wo es darum geht, sozialwissenschaftliche und planerische Methoden zu kombinieren und einfach schon vorher auch abzuschätzen, welche Konflikte könnten da entstehen und diese NutzerInnenkonflikte versuchen zu verhindern, indem man eben die Planungen darauf anpasst und nicht wartet, bis es sozusagen dann zum Crash vor Ort kommt. Im Falle des Stadtparks ist, wie ich schon gesagt habe, die Errichtung des Pfauengartens, übrigens ein Projekt, das mit ruhiger Lage beworben wird, es haben auch darüber Gespräche stattgefunden mit den Bauträgern, mit den Investoren, sie finden, das ist eine ruhige Lage, sie behaupten, es wird nicht laut sein in den oberen Stockwerken, wo die Wohnungen sind. Alle von uns, die jemals am Mariahilfer Platz, die jemals am Schloßberg waren, wenn am Mariahilfer Platz ein Konzert war, die wissen, dass es am Schloßberg ordentlich laut ist, also warum das beim Pfauengarten nicht so sein soll, das wissen wir nicht. Es finden Gespräche statt, auch zwischen VertreterInnen von Occupy by Stadtpark als InteressensvertreterInnen der StadtparknutzerInnen und auch Fleissner & Partner und das Interessante ist ja, dass es da scheinbar, von wem auch immer, schon Versprechen gab, dass es den Informationsprozess gibt und auch Fleissner & Partner monieren, dass es in viel zu geringem Ausmaß durchgeführt wird. Gleichzeitig geht es beim Stadtpark natürlich auch um den Naturraum, da ist es ja gelungen, zumindest einen Großteil des Grazer Stadtparks wieder als „geschützten Landschaftsteil“ zu etablieren, aber das Parkpflgewerk, das seit 2. Juli 2013 in

Diskussion ist, was mit dem passiert ist, das wissen wir nicht. Es gab zwei Begehungen, und seitdem ist Stille eingekehrt, obwohl eigentlich bereits im Spätherbst 2013 im Gemeinderat ein entsprechendes Stück hätte eingebracht werden sollen und es fand auch meines Wissens nach noch keine Diskussion auf politischer Ebene statt.

Wir haben im Frühjahr 2014 Leitlinien für BürgerInnenbeteiligung beschlossen und es wäre eine gute Gelegenheit, hier den Diskussionsprozess zum Parkpflegewerk mit diesen Leitlinien fortzuführen.

Daher stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge im Sinne des Motivenberichts beschließen:

1. Die für Bauangelegenheiten sowie Stadteil- und Gemeinwesenarbeit zuständige Stadträtin Elke Kahr wird beauftragt, ehebaldigst einen Informations- und Diskussionsprozess zu starten, um künftige Nutzungskonflikte zwischen den StadtparknutzerInnen und den „PfauengartenbewohnerInnen“ so gering wie möglich zu halten.
2. Das Stadtplanungsamt der Stadt Graz möge prüfen, inwieweit das Instrument der „Funktions- und Sozialraumanalyse“ bei gestalterischen Eingriffen in stadtweit bedeutendem öffentlichen Raum sowie bei Planungsprojekten mit absehbaren Nutzungskonflikten im Vorfeld der Planungen eingesetzt werden kann.
3. Bürgermeister Nagl wird ersucht, die künftige Gestaltung des Stadtparks auf die Vorhabenliste der Stadt Graz zu setzen und für einen

BürgerInnenbeteiligungsprozess gemäß den kürzlich beschlossenen Leitlinien für BürgerInnenbeteiligung zu sorgen.

Ich bitte um Annahme (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Molnar** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Kollegin, liebe Andrea! Ich möchte mich einmal für dein Engagement für den Stadtpark bedanken. Unsere Fraktion stimmt nicht der Dringlichkeit und auch nicht dem Inhalt zu aus folgendem Grund. Wie gesagt, der Herr Bürgermeister hat sich jetzt unlängst aktiv eingebacht in die Diskussion, wie der Stadtpark aus dem geschützten Landschaftsteil vom Land Steiermark herausgefallen ist und vor allem wir sehen das so, wir haben die Ansicht, dass es schon so viele Instrumente oder Runde Tische gibt, ich möchte nur ganz kurz aufzählen, der Stadtpark ist ein geschützter Landschaftsteil, dann unterliegt er der ASVK, dann gilt ja die Denkmalschutzverordnung, dann unterliegt er der Baumschutzverordnung, dann haben wir den Naturschutzbeirat, der Stadtparkdialog, die Umweltschützerin und sind noch einige zu nennen. Da es schon so viele Institutionen und Gesetze gibt, die auf den Stadtpark einwirken, dass es wahrscheinlich schon fast unübersichtlich ist und vor allem fast unmöglich, hier irgendwelche Formen oder irgendwelche neuen Dinge im Stadtpark positiv umzusetzen. Aus diesem Grund sind wir nicht auf deinem Antrag dabei. Danke (*Applaus ÖVP*).

StR.<sup>in</sup> **Kahr**: Damit bei der Dringlichkeit, ich habe keine Ahnung, wie jetzt das Abstimmungsverhalten ausgeht, aber nachdem ich im ersten Punkt angesprochen wurde in dem Dringlichkeitsantrag, möchte ich einfach zwei Sachen dazu anmerken. Im Rahmen der Bau- und Anlagenbehörde, weil mich du da in diesem

Punkt anspricht, fällt der Stadtpark jetzt nicht weil ich es nicht gerne tun würde, aber er fällt einfach schlichtweg nicht in meine Zuständigkeit, das fällt in die Zuständigkeit der Naturschutzraum des Kollegen Eustacchio, da müsstest du ihn fragen. Als Stadträtin für Stadtteilarbeit oder wie das Zusammenleben heißt, mit einem Budget von 200.000 Euro, wo es mehr als die Hälfte sozusagen das Friedensbüro gebunden ist und der Rest sozusagen für die Stadtteilzentren, ist die Frage, wie sozusagen noch zusätzlich über diese Mittel so eine Mediation, die ja aus meiner Sicht nur dann in Kraft treten kann, wenn dort einmal künftighin Bewohner oder Bewohnerinnen leben. Wenn im Rahmen des Friedensbüros, die sich ja für viele Mediationsverfahren in der Stadt Graz zuständig fühlen und auch vieles aufgreifen, was ich sie ersuche, kann man das machen, aber ein eigenes Personal dafür, das haben wir einfach schlichtweg nicht. Ich könnte schlichtweg nur das Friedensbüro bitten, sollte darüber hinaus da eine Idee haben, dann muss man die Leute extra bezahlen und diese Mittel habe ich aber aus diesem Budget nicht (*Applaus KPÖ*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Ich möchte mit dem Kollegen Molnar anfangen. In dem dringlichen Antrag geht es zum einen Teil um das Parkpflegewerk, aber es geht vor allen Dingen um Nutzungskonflikte und mögliche Probleme, die da auf die Stadt zukommen werden. Ich habe das jetzt nicht verstanden, was der Denkmalschutz, die Baumschutzverordnung, der Stadtparkdialog, die Umweltanwältin, das geschützte Landschaftsschutzgebiet, was das mit Nutzungskonflikten zu tun hat, die wir haben werden im Stadtpark. Ich weiß nicht, was das helfen soll, wenn die ersten Anrufe kommen von den Pfauengartenbewohnerinnen und -bewohnern, wenn die sich aufregen, dass es zu laut ist im Stadtpark und wenn dann die Proteste anfangen. Mir geht es einfach darum, dass man jetzt was macht und es gibt da ganz, ganz tolle Instrumente und

da bin ich dann auch schon bei der Frau Stadträtin Kahr. Es gibt die gelebte Praxis in anderen Städten, wo man im Vorfeld Gespräche führt, wo man den Leuten, die sich so eine Wohnung kaufen, sagt, wie das Umfeld aussieht, dass da Lärmentwicklung sein kann und die unterzeichnen quasi, dass sie diese Information bekommen haben. Mir geht es ja nur darum, dass die Leute nicht dort einziehen und nachher so tun, als hätten sie nie gewusst, dass im Parkhaus Veranstaltungen sind, als hätten sie nicht gewusst, dass dieser Park am Abend von Menschen bevölkert ist und Fleissner & Partner fühlt sich allein gelassen, Occupy Stadtpark fühlt sich allein gelassen, die Stadt hat Zusagen gemacht, hat Versprechen gemacht (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), da auch einen Informationsprozess zu starten und der findet nicht statt. Ich sage, wie es ist und wir können jetzt einfach da sitzen und warten, dass es dort zu einem Crash kommt oder wir können jetzt handeln. Und das ist alles, was ich will und dafür bitte ich wirklich um Unterstützung bei diesem Antrag (*Applaus Grüne*).

StR.<sup>in</sup> **Kahr** zur Geschäftsordnung: Ist eine Ergänzung eigentlich, jetzt muss ich schwindeln ein bisschen, weil ganz genau ist es nicht zur Geschäftsordnung. Aber ein Gespräch mit meinem Büro zwischen Occupy Stadtpark und dem Büro Fleissner hat es bereits zweimal schon gegeben, das wollte ich nur sagen, wo man genau dieses Thema besprochen hat und sollte es zu Problemen kommen, dann kann man von mir aus sich zehnmal mit den Bewohnern zusammensetzen, weil in dem Stadtpark darf sich jeder Grazer und Grazerin aufhalten, das ist ja wohl logisch, das können ja die Pfauengartenbewohner ja nicht irgendwie vorschreiben, wer im Stadtpark sein darf und wer nicht. Also ich verstehe die Frage nicht (*Applaus KPÖ*).

*Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, FPÖ und Grüne) abgelehnt.*

*Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

**7) Integration des Ragnitzbades in das derzeitige Eintrittskarten-Schema der Bäder der Holding Graz Freizeit GmbH**

GR. **Dreisiebner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Dreisiebner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Martina, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Damen und Herren auf der ZuseherInnengalerie! Vor einem Jahr in etwa ist durch eine gemeinsame Anstrengung, und hier soll nicht unerwähnt bleiben, dass hier die Stadtregierung, der Herr Bürgermeister insbesondere und der hohe Gemeinderat, sich in einer sehr schnellen, notwendigen schnellen Aktion entschließen konnten, das Ragnitzbad, das vor der Schließung stand und wo die Gefahr bestand, dass es verkauft werden könnte, das Gelände verkauft werden könnte und aufgrund der flächenwidmungsplanerischen Widmungskategorie zu einem Wohnland-Bauland geworden wäre, das konnte verhindert werden. Den ganzen Ankauf beziehungsweise dann auch das nötige Geld um das Bad, das schon etwas in die Jahre gekommen war, das alte Ragnitzbad, jetzt auf modernen Stand zu bringen, das hat die Stadt Graz in etwa drei Millionen, knapp drei Millionen Euro gekostet und ich hoffe, es haben einige von Ihnen, von euch schon selber sehen können, es ist wirklich sehr gelungen, es ist sehr angenehm dort.

Im September 2013 konnte durch die sehr begrüßenswerte gemeinsame Anstrengung der zuständigen Stadtregerungsmitglieder und über einen einstimmigen Beschluss des Grazer Gemeinderats die bevorstehende Schließung sowie die im Raum stehende spätere Veräußerung der Ragnitzbad-Grundstücke – gewidmet für Wohnbau – gerade noch verhindert werden.

Seit 12. Juli dieses Jahres ist eben benutzbar, soweit es dieser Sommer erlaubte, dort sich wirklich auch badend aufzuhalten, das ist aber eine andere Geschichte. Was aber dann ab 12. Juli sehr schnell bekannt geworden ist, war, dass die Besitzerinnen und Besitzer von Saisonkarten für die Grazer Freibäder, die natürlich auch einmal der Meinung waren, wir schauen uns dieses Bad an, wir nutzen auch dieses neue Bad dort, überrascht feststellen mussten, dass ihre Saisonkarte nicht gilt und sie extra Eintritt zu berappen haben.

Ich habe dann Kommunikation geführt mit dem Büro von Stadtrat Rüschi, auch mit der Holding Graz Freizeit GmbH, dort hat man mich darauf verwiesen, aufgrund der Tatsache, dass es zwar der Stadt und der Holding Graz Freizeit gehört das Ragnitzbad, es aber an eine dritte Person verpachtet sei, sei es nicht möglich, die Saisonkartenpakete der Freizeit GmbH auf das Ragnitzbad auszuweiten. Für mich und für uns als Grüne ist das etwas sonderbar, dass wir, nachdem wir doch einiges an Geld sinnvollerweise dort investiert haben und das Bad jetzt praktisch für die nächsten Jahre fit gemacht haben, dass wir dieses Bad nicht in das Paket der Saisonkarten integrieren, um den Stammgästen unserer Freibäder auch dieses Bad zur Verfügung zu stellen. Wir würden uns freuen, wenn wir uns nicht nur diese Ausgaben leisten würden, sondern wenn wir uns nach der Sanierung eben auch leisten würden, möglichst vielen Menschen zu dem Tarif, vor allem den Stammkunden, diesen Grünraum, diese Erholungszone und diesen Badebereich zur Verfügung zu stellen.

In diesem Sinne folgender

## **dringlichen Antrag:**

Der zuständige Stadtrat Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüschi wird beauftragt, mit der Holding Graz Freizeit GmbH sowie mit der Pächterin des Ragnitzbades Gespräche dahingehend aufzunehmen, dass das im Besitz der Stadt Graz stehende Ragnitzbad ab der Badesaison 2015 ebenfalls in das Saisonkartenpaket für die Grazer Freibäder integriert werden kann. Diese Aufnahme des neuen Ragnitzbades in das Saisonkartenangebot soll jedoch nicht als Vorwand für eine außerordentliche Preissteigerung herangezogen werden.

Ich ersuche um Annahme (*Applaus Grüne*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi** zur Dringlichkeit: Hat der Stadtrat schon gemacht, in die Wege geleitet. Es bedarf nicht immer eines dringlichen Antrages, dass man etwas, was man als wichtig ansieht, angeht. Nur so einfach wird das nicht gehen und zwar aus folgendem Grund: Es ist eine Art Zwischenbericht zu der ganzen Geschichte. Das Ragnitzbad hat, wie gesagt, am 12.7. aufgemacht, hat auch eine Saisonkarte angeboten für das Ragnitzbad für die verkürzte Öffnungszeit und der Herr Krainer, der Chef von den Freizeitbetrieben, hat einmal zunächst einmal geschaut, wie kann man das überhaupt integrieren und hat zunächst einmal festgestellt, dass es dort keine technischen Voraussetzungen gibt, weil das Ragnitzbad eben ein Privatbad war, für die Einrichtung, für die Abfertigung einer Saisonkarte. Das sind Kosten, die man sicherlich tragen kann, die ganz wichtigere andere Entscheidung ist einfach folgende. Das Ragnitzbad ist, wie du eben ausgeführt hast, auch kein Bad der Stadt Graz, sondern das Bad ist verpachtet worden und die Pächterin muss pro Monat eine Pacht bezahlen. Das war sehr wichtig, das war auch deshalb wichtig, weil wir ja, wenn Sie sich erinnern, ausgemacht haben, dass dieses Bad nicht von den Freizeitbetrieben übernommen werden soll, sondern wir gehen davon aus, dass

Frau ■■■ heißt sie, glaube ich, plus eine Helferin, die das viel wirtschaftlicher führen kann und so ist auch der Vertrag ausgerichtet. Sie bezahlt eine Pacht und jetzt können wir uns alle vorstellen, dass wir zunächst einmal hier und jetzt mit der Frau nicht wirklich reden müssen über eine zusätzliche Belastung und zwar aufgrund des Sommers. Die ganze Geschichte könnte nur dann funktionieren, wenn man ähnlich wie im Verkehrsverbund einfach eine gemeinsame Karte auflegt und dann bekommt die Frau, die Pächterin ihren entsprechenden Anteil. Daran wird gearbeitet, aber ich habe eben heute noch den Michael Krainer gebeten, er möge mir die aktuelle Situation übermitteln. Er sagt immer, aufgrund sowohl der wirtschaftlichen Geschichte als auch von den technischen Voraussetzungen kann er jedenfalls derzeit nicht garantieren, dass es zu einer Komplettübernahme des Freizeittarifsystems für das Ragnitzbad kommen kann. Im Übrigen wollte ich nur dazu sagen, das Ragnitzbad hat einige Tarife, die niedriger sind als die Freizeitbäder. Jetzt werden wir die nicht erhöhen nur deshalb, weil dann vielleicht manchmal jemand dort einen Besuch abstatten wollen. Der Herr Krainer hat übrigens eine Untersuchung gemacht und zwar wollte er gerne wissen, in welchem Ausmaß die Bäderbesucherinnen und -besucher wechseln und hat dabei festgestellt, dass zwischen 90 und 95 % der Besucherinnen und Besucher eines Bades Stammklientel sind. Ist auch verständlich, ich kann mir schon vorstellen, dass den Straßgänger einmal interessiert, wie schaut das Ragnitzbad aus, geht er vielleicht einmal hin, aber sein ständiger Favorit wird das Straßgänger Bad bleiben und wir haben natürlich auch unterschiedliche Tarife in der Bäderlandschaft, also vor allem halt bei der Auster. Das heißt, aus meiner Sicht und damit eben auch für die ÖVP, die Geschichte ist nicht dringlich, weil wir sie bereits angegangen sind. Die Aussichten, dass wir das bis 2015 schaffen, sind jedenfalls aus heutiger Sicht nicht allzu rosig zu betrachten. Dort, wo als erstes angesetzt wird, wo wir als Erstes versuchen, aber jetzt auch noch keine Zusage da ist, dass man die Saisonkarte ausweitet. Wie gesagt, da sind wir dabei zu prüfen. Es ist auch deshalb nicht dringlich, weil wir jetzt Herbst haben und die Bädersaison die nächste beginnt

eben später. Ich kann gerne auch weiterhin berichten, wenn es da zu irgendwelchen Ergebnissen kommt. Danke, wir sind also gegen die Dringlichkeit (*Applaus ÖVP*).

GR. **Hötzl**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Antragsteller! Auch wir können der Dringlichkeit leider keine Zustimmung geben, wir können nur unterstreichen, was der Herr Stadtrat Rüschi gesagt hat. Sind wir froh, dass wir dort einen Pächter gefunden haben, es ist ein sehr schönes Bad, es ist Geld investiert worden. Wie gesagt, wir können froh sein, dass das betrieben wird dort, auf dieser Seite der Mur gibt es praktisch eh nichts, bis auf Andritz das Stukitzbad. Dass wir jetzt als Stadt Graz unser Tarifsystem einem privatwirtschaftlichen Betreiber aufs Auge drücken wollen, ist vielleicht der wirtschaftliche Zugang einer grünen Partei, unsere ist es sicher nicht, dass man vielleicht mit dem Betreiber reden kann, dass er sich, wie in Form eines Verkehrsverbundes miteinbezieht, kann man sicher schauen, nach dem Sommer ist halt die Basis dafür eine denkbar schlechte und wenn, muss die Stadt Graz das in irgendeiner Form abgelten mit einer geringeren Pacht oder mit einem Anteil, den er zahlt, dass eben der Betreiber auch was davon hätte. Also das ist wahrscheinlich Zukunftsmusik für das übernächste Jahr, für das kommende eher nicht und deshalb von uns auch keine Zustimmung (*Applaus FPÖ*).

GR. **Dreisiebner**: Weil, nachdem ich das jetzt kurz addiert habe, das habe ich mitgeschrieben, ist das jetzt die letzte Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen. Zum Kollegen Hötzl, nichts auf Auge drücken, so war es nicht gemeint und auch nicht zu Lasten der Pächterin, sondern im Sinne von neu Verhandeln, miteinander Reden auch im Sinne der Abänderung dessen, was man vereinbart hat und natürlich ist

auch mithineinzunehmen, wie der heurige Sommer nicht stattgefunden hat oder bisher er heuer nicht stattgefunden hat, weil wenn man es für die Freibäder betrachtet. Und das bringt mich gleich zum nächsten Wort, das der Kollege Rüschi von sich gegeben hat. Die Dringlichkeit ist nicht gegeben, weil Herbst ist, vielleicht probiere ich es im nächsten Juni wieder, dann sagst du mir wahrscheinlich, dass es zu spät ist.

***Zwischenruf StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüschi: Ich sage es dir vorher.***

GR. **Dreiebner:** Weil genau das ist der richtige Moment, darüber nachzudenken, ich nehme natürlich zur Kenntnis und danke dir auch, Gerhard Rüschi, dass du da schon Recherche und Gespräche geführt hast. Ganz klar, aber das machen wir dann extra, ist mir nicht, was da technisch die Problematik ist und auch nicht nachvollziehbar ist, dass man jetzt aufgrund einer schlechten Sommersaison nicht darüber reden kann, dass man für die ebenfalls sehr geschädigten Saisonkartenbesitzerinnen und -besitzer, weil die haben zu Beginn eines Sommers, der dann eben nicht stattgefunden hat, investiert und haben quasi nichts retour bekommen, dass man jetzt deswegen sagt, dass man da das nicht integrieren kann. Das waren eigentlich die wesentlichen Punkte, außerdem die Hoffnung nach wie vor lebt, dass die Dringlichkeit doch noch irgendwann erkannt wird, für die etwas zu tun, wenn auch nur selten, aber doch, vielleicht einmal ein anderes als ihr Stammbad verwenden wollen. Danke (*Applaus Grüne*).

*Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.*

*Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## **8) Sparsamkeit und Transparenz bei Subventionen und Sponsoring**

GR. **Pacanda** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Pacanda**: Wir haben eh schon eine gute Einleitung zum Thema Sparsamkeit heute bekommen über den Rechnungsabschluss von 2013 und über die zukünftigen Budgetgespräche, die laufend stattfinden und in Zukunft noch stattfinden werden. Und zusätzlich haben wir heute natürlich einen Stadtrechnungshofbericht auch drinnen gehabt, um den es sich jetzt in meinem dringlichen Antrag dreht. Hintergrund des dringlichen Antrages von mir ist der: Bereits im Jahr 2013 hat es einen Bericht vom Stadtrechnungshof, einen sehr umfangreichen Bericht, gegeben zum Thema Subventionen und Sponsoring in Graz und damals wurde in der Klubobleutesitzung direkt keine Empfehlung irgendwie als verbindlich erklärt oder weiter diskutiert, sondern das Ganze ist in die Klubobleutekonferenz weiter verschoben worden. Wie gesagt, das war 2013 und wir haben jetzt bereits 2014, das heißt, wir sind über eineinhalb Jahre später eigentlich, weil der Bericht war im April 2013 da und in der Zwischenzeit ist eigentlich nichts passiert de facto. Das heißt, in den Klubobleutesitzungen ist überhaupt nichts in diesem Bezug beschlossen worden. Wir reden jetzt eben über Geld, das uns dann fehlt und ich möchte ein paar Punkte einfach herausholen,

vielleicht zur Erinnerung für diejenigen, die den Bericht vom Kontrollausschuss jetzt nicht mehr im Kopf haben. Ich lese nicht den ganzen vor und nicht die ganzen Empfehlungen, aber ein paar werde ich einfach herausholen, vor allem auch für die Zuhörerinnen und Zuhörer, die vielleicht jetzt nicht wissen und nicht auswendig den Kontrollausschussbericht gelesen haben. Ein Beispiel ist zum Beispiel in Wiederholung seiner Empfehlungen aus dem Jahre 1995, 2001 und 2003, im Sinne der Stärkung der Transparenz jährlich einen Transferleistungsbericht vorzulegen. Der Bericht sollte jene Transferleistungen ausweisen, die nicht dem Geltungsbereich der Richtlinien für die Gewährung von Subventionen unterliegen. Subventionen, und da sind wir jetzt irgendwie in der Budgetthematik drinnen, Subventionen künftighin nach Maßgabe der Verfügbarkeit von Mitteln aus der ordentlichen Gebarung und nicht aus Mitteln der außerordentlichen Gebarung, also kreditfinanziert, flüssigzustellen. Im Sinne von Transparenz die Subventionsberichte der Stadt Graz im Internet öffentlich zugänglich zu machen. Mehrfachförderung nach Möglichkeit nur basierend auf gemeinsamen Wirkungszielen beziehungsweise auf Grundlage der Überschneidungen der Wirkungsziele zu gewähren und von mehreren Fördergeberinnen finanzierte Projekte zielgerichtet gemeinsam abzuwickeln und zu evaluieren. Im Sinne von Transparenz über Sponsorausgaben zielend, Umfang der Partnerschaften, Werbewerte sowie die Zielerreichung der Sponsoringmaßnahmen Bericht erstatten, eben jedenfalls schriftliche Sponsorverträge abzuschließen und die erwarteten Gegenleistungen des Sponsorings genau festzustellen. Auch die Tickets im VIP-Bereich, sofern sie nicht unternehmerisch genutzt werden, der Grazer Bevölkerung anzubieten und Sponsorenprojekte nicht doppelt zu fördern. Und Sponsoring innerhalb der Unternehmen des Hauses Graz zu hinterfragen beziehungsweise transparent darzustellen.

Wir haben uns relativ intensiv mit diesen Forderungen vom Stadtrechnungshof beschäftigt, haben selbst keinerlei Forderungen und Empfehlungen gefunden, die

irgendwie widersprechen würden und sehen alle Forderungen als dringlich an und unbedingt als auszuführen und deswegen erfolgt auch folgender Antrag von uns:  
Der Gemeinderat wolle beschließen, Subventionsverordnung sowie Sponsoringrichtlinie nach den Empfehlungen des Stadtrechnungshofs, in Klammer, (Prüfbericht 4/2013 sowie den Prüfbericht 6/2014) anzupassen. Die zuständigen Abteilungen werden ersucht, dementsprechend Beschlussstücke für die nächstmögliche Gemeinderatssitzung vorzubereiten. Dankeschön.

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Grabe** zur Dringlichkeit: Lieber Philip, vielen Dank für den Antrag, du sprichst eine wirklich sehr wichtige Sache an und hast eh auch sehr gut ausgeführt, was für eine lange Geschichte das schon ist, dass die Empfehlungen des Stadtrechnungshofes nicht wirklich umgesetzt werden. Einige der Punkte, die mir auch wichtig sind, hast du eh genannt. Also beispielsweise dieser Transferleistungsbericht, dann das, dass das aus der ordentlichen Gebarung genommen werden soll, die Regelung bezüglich Mehrfachsubventionierungen, schriftliche Verträge usw., eigentlich Dinge, wo man glaubt, die sollten bei einer ordentlichen Gebarung selbstverständlich sein, aber wir wissen aus diesen vielen Berichten, dass das nicht immer der Fall ist, wobei ich jetzt nicht unterstellen will, dass irgendjemand irgendwem ganz unberechtigt Subventionen zugesteht, aber es gibt einfach genug Dinge, die sicher im Sinne von Sparsamkeit und Transparenz verbessert werden sollen, wie auch generell die Beschlüsse oder die Empfehlungen, die der Stadtrechnungshof gibt, aus unserer Sicht deutlich mehr Beachtung finden könnten in schnelleren Reaktionen und wie du richtig anführst, wenn jetzt schon über ein Jahr die Klubobleutekonferenz nicht dazu zusammengekommen ist und dazu sich geeinigt hat, ist das einfach ein Zeichen, dass die Dringlichkeit auf jeden Fall gegeben ist, wird von Tag zu Tag dringlicher, daher unterstützen wir Dringlichkeit natürlich und sehr wohl auch den Inhalt.

GR. Mag. **Krotzer**: Lieber Philip, vielen Dank für die Initiative, wir halten das auch für eine sehr, sehr wichtige Sache angesichts dessen, dass es jetzt auch schon sehr lange im Nirgendwo herumgeistert und offenbar nicht behandelt wird, wo es höchste Zeit wäre, das zu machen. Insofern können wir auch der Dringlichkeit in jedem Fall zustimmen. Wir können eigentlich auch dem Großteil der Empfehlungen des Stadtrechnungshofes zustimmen, wir sind allerdings der Meinung, dass es doch diese Klubobleutekonferenz braucht, in dem Sinne, dass die Empfehlungen des Stadtrechnungshofes, so sehr seine Arbeit zu schätzen ist, aber doch etwas auch sein sollte, was politische Fragen sind, was politisch diskutiert werden soll und insofern, ja von uns, Zustimmung zur Dringlichkeit, würden es aber bevorzugen, wenn das in einer Klubobleutekonferenz dann auch tatsächlich behandelt wird und das nicht eben dann ein Begräbnis ist, die Klubobleutekonferenz und insofern von uns die Dringlichkeit (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Frölich**: Frau Bürgermeisterstellvertreterin, meine Kolleginnen und Kollegen! Wir werden der Dringlichkeit nicht zustimmen und das kann ich auch begründen. Du hast einige Punkte herausgepickt, die natürlich deine Argumentation stützen, keine Frage. Tatsache ist, und das weißt du, dass der Rechnungshof regelmäßig Ordnungsmäßigkeitsprüfungen nach dem Stichprobenprinzip durchführt. So ein Prüfbericht liegt uns auch mit dem Prüfbericht 6/2014, der ja heute schon Gegenstand der Behandlung war, dar und dort spricht der Rechnungshof 14 Empfehlungen aus. Ich lese dort keine einzige Empfehlung, dass die Subventionsordnung geändert werden sollte, sondern es gibt konkrete Empfehlungen, wie man damit umgehen soll und wie man handeln soll. Interessant, bleibt von dir natürlich unerwähnt, dass der Rechnungshof auch empfiehlt eine Anhebung, ich betone, eine Anhebung der in unserer Subventionsordnung festgehaltenen Wertgrenzen für die verpflichtende Vorlage

von Verwendungsnachweisen, nämlich von 2.000 Euro, so bei uns festgeschrieben, auf die Regelung des Landes auf 2.500 Euro, also durchaus schon hier ein Argument dafür, dass wir eine sehr eng geschnürte Wertgrenze in unserer Subventionsordnung haben. In dem von dir auch angesprochenen Bericht 4/2013 sagt der Rechnungshof zum Thema Transparenz ausdrücklich, dass die damals geprüften Subventionsberichte, das waren damals die Subventionsberichte 10 und 11, dem Grundsatz der Transparenz Rechnung tragen. Also ich denke, wir haben eine gute Subventionsordnung, die ständig feingeschliffen und ziseliert werden kann, darüber kann man immer in einzelnen Punkte reden und wir haben eine, die einfach gelebt werden muss, eine Subventionsordnung, die gelebt werden muss, die eingehalten werden muss und wo natürlich insbesondere auch die Subventionsgeber danach trachten müssen, dass die Bestimmungen der Subventionsordnung durch die Subventionsnehmer auch eingehalten werden, das kommt ja auch hier in diesem Bericht zum Ausdruck. Dass manchmal ein starkes Bemühen da ist, etwa zu Belegen zu kommen und dass die Subventionsgeber dann sehr oft hier säumig sind, aber deshalb ist nicht unsere Subventionsordnung schlecht und deshalb ist hier nicht Intransparenz am Werk. Deshalb keine Dringlichkeit von unserer Seite. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Pacanda:** Ich würde jetzt gerne das aufnehmen, was der Kollege Frölich gerade gesagt hat. Also genau die Stichprobenüberprüfung eigentlich. Da stehen natürlich gute Sachen drinnen, das ist keine Frage, also ich bin überzeugt davon, dass im Bereich Subventionen und Sponsoring nicht alles schief läuft, das wollte ich damit auch gar nicht ausdrücken. Ich glaube nur, dass nach oben hin ein bisschen Platz ist und unsere Motivation sollte vielleicht dazu sein, die Besten zu werden, die Besten zu sein. Zum Beispiel steht da drinnen, Förderzusagen von politischer Seite erst dann zu erteilen, wenn die notwendigen Beschlüsse der dafür zuständigen Organe

vorliegen, finde ich jetzt nicht toll, dass das drinnen steht. Im Zuge der Überprüfung der widmungsgemäßen Verwendung von Fördergeldern und den Fokus auf die Projektumsetzung zu legen, bei wiederholter beziehungsweise eklatanter Missachtung von Vorlagefristen durch die SubventionsnehmerInnen die Subventionen zu widerrufen, gegebenenfalls weitere Subventionsanträge abzuweisen und die budgetäre Vorsorge rechtzeitig zu treffen. Also ich glaube, das sind schon Punkte, über die man irgendwie reden sollte.

***Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Deshalb muss die Subventionsordnung nicht geändert werden.***

GR. **Pacanda**: Ich danke jedenfalls für das Feedback, aber das wäre mein Wunsch einfach, dass man das angeht. Da ich irgendwie gemerkt habe, dass jetzt das Thema nicht unbedingt jetzt direkt im Gemeinderat besprochen werden soll, sondern in die Klubkonferenz geht oder gehen könnte, hätte ich, wenn ihr alle einverstanden seid, den Antrag auch abgeändert in abgeänderter Form hier, dass wir einfach beschließen, dass die Klubobleutekonferenz sich damit jetzt bitte beschäftigt und bis Februar dem Gemeinderat darüber erarbeitet und Bericht erstattet, was das Ergebnis dieser Klubobleutekonferenz in diesem speziellen Fall ist, damit das nicht komplett irgendwo hängen bleibt.

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck**: Ich bin gerade darauf hingewiesen worden, dass die Klubobleutekonferenz keinen Bericht im Gemeinderat machen kann. Also ist es

auch nicht sinnvoll, den Antrag jetzt so geändert einzubringen. Ich denke, wir haben von den Fraktionen gehört, dass die Bereitschaft da ist, dieses Thema in der Klubobleutekonferenz zu besprechen und dass bei der nächsten Klubobleutekonferenz dieses Thema ganz einfach auf die Tagesordnung genommen wird und damit brauchen wir jetzt keinen Zusatzantrag und brauchen hiermit auch nicht die Klubobleutekonferenz mit was beauftragen, was jetzt eh nicht wirklich schlüssig ist für dieses Gremium des Gemeinderates.

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, FPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.***